



BMVEL, Referat 534
29.09.2003

Wald und internationale Zusammenarbeit / Internationaler Handel

(Verabschiedet auf dem 12. Runden Tisch, 13./14.02.2002)

Präambel

Im Rückblick auf den laufenden internationalen Prozess zum Thema "Wald und internationale Zusammenarbeit / Internationaler Handel" rekapituliert der 11. Runde Tisch für die Erarbeitung eines Nationalen Waldprogramms für Deutschland folgende Punkte und Grundsätze:

- Das Leitbild der „nachhaltigen Entwicklung“ wurde im Jahr 1987 durch die sog. Brundtland Kommission geprägt und anschließend auch in der Politik zur großen Klammer für die Formulierung globaler Umwelt- und Entwicklungsziele.
- Mit der VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) im Jahr 1992 in Rio de Janeiro wurde der Begriff gängige Vokabel und Leitbegriff in den von UNCED verabschiedeten Dokumenten (Rio-Deklaration, Agenda 21, Konvention über die biologische Vielfalt (CBD), Klimarahmenkonvention (UNFCCC), Waldgrundsaterklärung sowie der später verabschiedeten Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (CCD).
- Für die Umsetzung der Agenda 21 wurde die VN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (UNCSD) eingerichtet.
- Die weiteren Verhandlungen im Wald- und Forstsektor erfolgten auf internationaler Ebene in den speziell dafür eingerichteten Gremien „Intergovernmental Panel on Forests/IPF“ (1995 – 1997) bzw. „Intergovernmental Forum on Forests/IFF“ (1997 – 2000) und seit 2001 im „United Nations Forum on Forests“/UNFF sowie 1998 im Rahmen des CBD - Arbeitsprogramms zur biologischen Vielfalt der Wälder und bei UNFCCC insbesondere seit 1997 zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls.
- Im Rahmen von IPF/IFF wurden rund 270 Handlungsvorschläge verabschiedet, deren Umsetzung u.a. durch Nationale Waldprogramme erfolgen soll.
- Die Weiterverfolgung der walddrelevanten Ergebnisse von Rio und der IPF/IFF - Handlungsvorschläge erfolgt außerdem durch zahlreiche regionale Prozesse, wie der Ministerkonferenz zum Schutz der Wälder in Europa, dem Montreal-Prozess sowie regierungsunabhängige Zertifizierungsinitiativen.

- Dabei bestehen im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung als Leitbild enge Beziehungen zwischen ökonomischer, ökologischer, sozialer und kultureller Entwicklung.
- Da die Ziele nachhaltiger Entwicklung auf globaler, regionaler, nationaler, sub-nationaler oder lokaler Ebene konkretisiert werden müssen, sind dezentrale Lösungen unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu bevorzugen.
- Nachhaltige Entwicklung orientiert sich am Vorsorge- und Verursacherprinzip, wobei die Ressourcen effizient unter Beachtung ökologischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Kriterien (und möglichst geschlossener Stoffkreisläufe) einzusetzen sind.

Als wesentlicher Hintergrund auch für ein Nationales Waldprogramm Deutschland muss berücksichtigt werden, dass der Wald durch seine vielfältigen Funktionen oft Lebensgrundlage für die lokale Bevölkerung ist, ihrer Bedürfnisbefriedigung und Existenzsicherung dient und in vielen Ländern einen erheblichen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leistet. Die jüngsten Daten der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) weisen jedoch anhaltend hohe **Waldzerstörungsraten von rund 15 Mio. Hektar jährlich** aus. Dem stehen Aufforstungen von nur ca. 4,5 Mio. ha gegenüber. Dies bedeutet, dass in manchen Regionen der Erde in 10-15 Jahren keine Wälder mehr stehen werden, sofern der Entwaldungsprozess sich ungebremst fortsetzt, mit schwerwiegenden Folgen für das Weltklima, die biologische Vielfalt, sowie die Lebensräume vor allem armer Menschen. Die Ursachen für die Waldzerstörung sind regional unterschiedlich, und liegen sowohl innerhalb als auch außerhalb des Sektors. Sie werden als Problembeschreibung unter 4.1.2 aufgelistet.

Die einzelnen Länder haben einen legitimen Anspruch, ihren Bedarf z.B. an Waldprodukten wie insbesondere dem Rohstoff Holz zu decken. Der internationale Warenaustausch kann mit Hilfe des Handels von Holz- und Waldprodukten zur gegenseitigen Befriedigung dieses Bedarfs beitragen, wobei das „natürliche Kapital“ erhalten bleiben sollte. Wesentliches Regulativ in jeder Marktwirtschaft ist der Preis für Holz und Waldprodukte. Bei der Produktion wie auch beim Transport entstehen für die Umwelt sowohl positive wie auch negative externe Effekte. Eine „Internalisierung“ dieser Effekte sollte durch Berücksichtigung im Preis für das Holz bzw. die Waldprodukte erfolgen, um eine nachhaltige Nutzung zu gewährleisten. Dazu kann auf wissenschaftliche Methoden der Ökonomie zurückgegriffen und die Betroffenen und Beteiligten sollten in einem partizipatorischen Prozess in die Bewertung einbezogen werden.

In Erwägung dieser Erkenntnisse wurden folgende **Themen** mit internationaler Dimension für ein Nationales Waldprogramm für Deutschland im Kontext nachhaltiger Entwicklung für wichtig erachtet:

Rahmenbedingungen zur Walderhaltung

Problembeschreibung

Um förderliche Rahmenbedingungen zur Walderhaltung zu schaffen und die natürlichen Ressourcen im Sinne des Rio-Prinzips "intragenerationaler Gerechtigkeit" für nachfolgende Generationen zu erhalten, muss an den **Ursachen** der Waldzerstörung angesetzt werden. Zu den zentralen Ursachen für die andauernde Waldzerstörung und -degradierung zählen häufig:

- Die Entwicklung und Umsetzung eines kohärenten Politik- und Planungsrahmens für nachhaltige Waldwirtschaft leidet unter **schwachen staatlichen Strukturen** und Kompetenzüberschneidungen zwischen beteiligten Behörden. Viele Forstverwaltungen sind weder in der Lage, nachhaltige Waldbewirtschaftung selbst zu betreiben noch ihren hoheitlichen Planungs- und Kontrollaufgaben nachzukommen.
- **Fehlender politischer Wille** führt zur Vernachlässigung des Waldsektors in der nationalen und internationalen Politikformulierung und entsprechend unzureichender Mittelausstattung. Waldrelevante Gesetze und Politiken sind nicht aufeinander abgestimmt. Die Umsetzung einer walderhaltenden Politik wird durch **Korruption** erschwert.
- **Partizipation der Zivilgesellschaft ist nur in wenigen Fällen institutionalisiert.** Entscheidungen werden ohne die Beteiligung der örtlichen Bevölkerung, insbesondere indigener Völker mit traditionellen, nicht gesetzlich verbrieften Nutzungsrechten an Waldressourcen gefällt, deren Selbstbestimmung durch staatlichen Monopolanspruch in der Waldbewirtschaftung stark eingeschränkt sein kann. Dies, zusammen mit unsicheren Bodenrechts- und Eigentumsverhältnissen und mangelnder Teilhabe an den Erträgen, fördern nicht nachhaltige, z.T. illegale Waldnutzungen. Internationales und nationales Recht, Nachhaltigkeits- und Schutzgedanken spielen häufig keine oder eine nachrangige Rolle, wenn die Befriedigung elementarer Bedürfnisse im Vordergrund steht. Holz ist häufig einzige Einnahmequelle.
- Steigender Bedarf an Agrarflächen und Bevölkerungsdruck, verbunden mit ungeklärten und auf wenige konzentrierten Grundeigentums- und Nutzungsrechten führen zu **Landnutzungskonflikten**. Illegaler Holzeinschlag, Bergbau- und Infrastrukturvorhaben sowie exportorientierte Ausdehnung der Agrarindustrie (Soja, Ölpalmen u.a.) und Plantagenwirtschaft verstärken diese Effekte. Waldschutz sowie die Landnutzungsform „Waldbewirtschaftung“ erscheinen demgegenüber als wirtschaftlich unattraktiv.

- Die ungünstigen politischen und strukturellen Rahmenbedingungen, aber auch die nach wie vor dominierende Rohstoff- u. Agrarproduktion für den Weltmarkt in vielen schwach entwickelten Ländern, führen zu **struktureller Armut**. Diese kann zusätzlich zu Waldzerstörung/-degradierung führen und Fortschritte bei der Walderhaltung verhindern.
- Die genannten Rahmenbedingungen sowie fehlende allgemeine Rechtssicherheit behindern Investitionen in Waldschutz und nachhaltige Waldbewirtschaftung und damit einen wirksamen Beitrag des Privatsektors zur Walderhaltung.
- Die ökonomische **Bewertung von Waldprodukten und -dienstleistungen** über die Märkte ist **unvollständig**; Holzpreise reflektieren im allgemeinen nur die Kosten von Ernte, Transport und Verarbeitung, nicht aber die Produktionskosten im Rahmen einer nachhaltigen Waldwirtschaft. Rentabilitäts- und Liquiditätsengpässe führen mittelfristig zu externem Finanzierungsbedarf bei Aufforstung, Waldrehabilitierung und Waldschutz.
- Auch **Faktoren auf internationaler Ebene** können zur Waldzerstörung beitragen, wie z.B. globale Wirtschaftsabhängigkeiten und Finanzströme, Handel mit illegal eingeschlagenem Holz, nicht nachhaltige Konsummuster, Auslandsverschuldung und Zwang zur Devisenerwirtschaftung, die z.T. durch stark auf Ressourcenausbeutung fokussierte Strukturanpassungsprogramme verstärkt werden.

Ziel

Hinwirken auf Rahmenbedingungen, die den von Waldzerstörung und Walddegradation betroffenen Ländern Walderhaltung und Einführung nachhaltiger Waldbewirtschaftung ermöglichen.

Maßnahmen

- Unterstützung der Klärung und Sicherung von Eigentums- und Nutzungsrechten (insbesondere traditionellen, indigenen) als Grundlage für Nachhaltigkeit
 - Betroffene Länder, Bundesregierung (BMZ).
- Politische, technische und finanzielle Unterstützung im internationalen Rahmen von Politiken und Programmen, die darauf abzielen, durch Armut bedingte Waldvernichtung und Walddegradation zu verringern
 - Bundesregierung (BMZ, BMVEL, BMU)
- Sensibilisierung und Qualifizierung aller beteiligten Akteure zu Fragen der Armut(s-bekämpfung)
 - Betroffene Länder, Bundesregierung (BMZ)

- Beratung zur Verbesserung politischer, rechtlicher und sozioökonomischer Rahmenbedingungen für nachhaltige Waldbewirtschaftung
 - Bundesregierung (BMZ, BMVEL, BMU)
- Hilfe beim Aufbau effektiver und unbestechlicher Forstverwaltungen, Unterstützung der örtlichen Regierungen bei der Umsetzung der genannten Ziele
 - Bundesregierung (BMVEL, BMZ,), Bundesländer
- Förderung der Partizipation der Betroffenen / Beteiligten an Planungsprozessen unter Berücksichtigung insbes. der unterschiedlichen Betroffenheit von Frauen und Männern
 - Betroffene Länder, Bundesregierung (BMZ)
- Optimierung der Handelskette für Holz und Waldprodukte
 - Betroffene Länder; Holzindustrie, NRO
- Reduzierung des Energieproblems durch alternative und erneuerbare Energiequellen
 - Betroffene Länder, Bundesregierung (BMZ)
- Entschuldung u.a. Reformen als Motor für Veränderungen
 - Bundesregierung (BMZ)
- Verstärkte Aufklärung über Folgen der Waldvernichtung und Walddegradation.
 - Betroffene Länder, Bundesregierung (BMVEL), NRO

Verantwortliche

- Liegt primär in der Verantwortung der betroffenen Länder selbst.
- Bundesregierung (Hilfen und Förderanreize durch EZ (BMZ), Einbeziehung der betroffenen Länder in laufende forst- und umweltpolitische Dialogprozesse, Fortführung von Kooperationsprojekten (BMVEL, BMU).
- Bundesländer im Rahmen ihrer Kooperationsprojekte.
- Nichtregierungsorganisationen mit internationaler Vernetzung in den betroffenen Ländern.
- Holzindustrie im Rahmen von Selbstverpflichtungen, ggf. Kooperation über Public-Private-Partnerships.

Zeitplan

Zeitplan nach Vorgaben der betroffenen Länder. Daueraufgabe für deutsche Akteure.

Rückmeldung an / bis wann

Bundesregierung in ihrer Waldberichterstattung an den Deutschen Bundestag

(Gesamtwaldbericht einmal pro Legislaturperiode und ergänzend im EZFortschrittsbericht im 2 jährlichen Abstand)

Internationale Entwicklungszusammenarbeit - Deutscher Beitrag aus globaler Verantwortung

Problembeschreibung / Hintergrund

Die besonders in den Tropen und Subtropen, z. T. aber auch in den temperierten und borealen Wäldern, unvermindert fortschreitende Waldzerstörung und -degradierung lässt mittel- und langfristig ernste ökologische, soziale und wirtschaftliche Konsequenzen in allen Regionen der Welt erwarten. In Industrie- wie Entwicklungsländern bemühen sich zahlreiche staatliche Institutionen, Nicht-Regierungsorganisationen, internationale Fachorganisationen, Finanzierungs-institutionen sowie Forschungseinrichtungen dieser negativen Entwicklung entgegenzuwirken. Diese arbeiten nicht immer hinreichend koordiniert. Sowohl in Europa als auch auf Ebene der betroffenen Länder werden häufig inkonsistente Sektorpolitiken verfolgt, die Waldzerstörung zur Folge haben (z.B. Landwirtschaft, Infrastruktur, Energie, Bergbau). Positive Ansätze bestehen jedoch über Nationale Waldprogramme, Geber-Roundtables und im Rahmen der Collaborative Partnership on Forests, in der multilaterale Institutionen mit Waldrelevanz sich beraten. Trotz des Engagements der internationalen Gemeinschaft und der Kooperationsländer gehen die Waldflächen in vielen Ländern weiter zurück.

Ziel

Zentrales Ziel ist es, die Wald-, insbesondere Urwaldzerstörung und ihre Ursache zu bekämpfen, die letzten Urwälder und Wälder mit hohem Schutzwert zu erhalten sowie die Partnerländer bei der Erhaltung der vielfältigen Funktionen des Waldes zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen und damit gleichzeitig einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. Schutz und nachhaltige Nutzung des Waldes sind hierbei komplementär. Vor dem Hintergrund der hohen Zerstörungs- und Degradierungsrate insbesondere der Tropenwälder, sowie der starken Degradierung in Teilen der borealen Wälder kommt dem dauerhaften Erhalt der Waldressourcen eine besondere Bedeutung zu. Dazu müssen integrierte Lösungsansätze angewendet werden, die an den Ursachen von Waldzerstörung auch außerhalb des Forstsektors ansetzen und die Bedeutung von Schutz und nachhaltiger Bewirtschaftung des Waldes für Armutsminderung und ländliche Entwicklung berücksichtigen.

Im Rahmen des nationalen Waldprogramms besteht darüber hinaus Einvernehmen über die Verfolgung folgender Ziele:

- Möglichst weitgehende Integration und Kohärenz der verschiedenen Sektorpolitiken im Rahmen nationaler Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland und in den Partnerländern

- Aktiver und schlüssiger Beitrag Deutschlands zum globalen Waldregime (u. a. UNFF, CBD, FCCC, G8); dabei bestmögliche Verknüpfung der nationalen mit der internationalen Ebene
- Einbringen walddpolitisch relevanter Aspekte durch die Bundesregierung in die internationale Zusammenarbeit zum Schutz, zur nachhaltigen Bewirtschaftung und Entwicklung aller Wälder.

Handlungsbedarf / Maßnahmen / Akteure

- Hinwirken auf bestmögliche Koordinierung der EZ im Waldbereich auf allen Ebenen
 - Bundesregierung (BMZ)
- Verbesserung der Koordination entwicklungspolitischer Förderansätze im Waldbereich der Bundesländer und der Bundesregierung zur gezielten Abstimmung von Förderbeiträgen
 - Bundesregierung (BMZ), Länderregierungen (je nach Ressortzuständigkeit)
- Zusammenführung nationaler Initiativen im Rahmen der europäischen EZ (Geber-Koordination) z. B. im Rahmen der Europ. Forstberatergruppe ETFAG
 - Bundesregierung (BMZ)
- Anregung zur Einbeziehung forst- und entwicklungspolitischer Konzepte in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie
 - Bundesregierung (BMZ, BMVEL), NRO
- Einbindung nationaler ziviler und privatwirtschaftlicher Strukturen in die forst- und holzwirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit
 - Bundesregierung (BMZ), z.T. Länder
- Förderung der Umsetzung der Verpflichtungen aus VNKonventionen (CBD, CCD, FCCC) auf *nationaler* Ebene (einschließlich Öffentlichkeitsarbeit)
 - Bundesregierung (BMU, BMZ, BMVEL); NRO
- Unterstützung von Prozessen zur Entwicklung von Finanzierungsstrategien (Hauptakteur hier Empfängerländer) - insb. Nationale Umweltfonds, PPP, Ermittlung innovativer Finanzierungsinstrumente
 - Bundesregierung (BMZ, BMF, BMWA, BMU, BMVEL), NRO
- Analyse der Auswirkungen der inländischen Nachfrage auf die Wälder in anderen Ländern und Förderung nachhaltigen Konsumverhaltens (z.B. Futtermittel und andere landwirtschaftliche Produkte aus regionaler Erzeugung sowie Holz und Papier)
 - NRO, Bundesregierung (BMVEL, BMU)
- Analyse der Auswirkungen direkter und indirekter Subventionen besonders im Bereich Bodennutzung auf die Wälder anderer Länder (Agrarbereich, Umsiedlungsprogramme)
 - NRO

- Beseitigung schädlicher Subventionen, die zur Urwaldvernichtung beitragen, auch im Rahmen von Handelsmaßnahmen und Entwicklungszusammenarbeit
 - Bundesregierung (BMZ, BMWA)
- Fremdsprachige Angebote zur Aus- und Fortbildung bes. auf mittlerer / technischer Ebene im Waldbereich der Kooperationsländer
 - Bundesregierung (BMZ) und Länder über Universitäten, FH, DED, DSE
- Förderung des forst- und holzwirtschaftlichen Erfahrungsaustausches in Wissenschaft und Praxis im internationalen Bereich auf der Grundlage des in Deutschland vorhandenen Potenzials
 - Bundesregierung (BMVEL, BMZ) und Länder
- Stärkung der privaten und örtlichen kommunalen forstlichen Organisationsstrukturen in den Kooperationsländern, Aus- und Fortbildung und Beratung der Waldbesitzer, Erfahrungs- und Informationsaustausch der Waldbesitzerorganisationen
 - Bundesregierung (BMZ), z.T. Länder, Waldbesitzerorganisationen
- Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Waldbewirtschaftungssysteme einschließlich Anreizmaßnahmen, Ausweisung von Gebieten der Ureinwohner, Förderung von Nichtholzprodukten und kleinflächiger lokaler Nutzung
 - Bundesregierung (BMVEL, BMZ) , Zertifizierungsorganisationen, NRO
- **Förderung** naturnaher Wiederbewaldung zerstörter Wälder
 - Bundesregierung (BMVEL, BMZ), NRO
- Unterstützung von Gesetzen und deren effektiven Vollzug zur Verhinderung rechtswidriger Handlungen in Wäldern, insbesondere von illegalem Holzeinschlag und Wilderei
 - Bundesregierung (BMZ)
- Einbringen ökologischer u. sozialer Standards zur Walderhaltung (u.a. des BMZ-Waldkonzepts) bei der Projektförderung und -entwicklung durch internationale und nationale Finanzierungs- /Geberinstitutionen sowie durch den Privatsektor
 - Bundesregierung (BMZ, BMVEL), NRO
- Verbesserung ökologischer und sozialer Waldbewirtschaftungs-Standarts in den Entwicklungsländern durch Investitionen in glaubwürdige, international anerkannte Zertifizierungssysteme
 - Bundesregierung (BMZ, BMU), NRO

Zu den folgenden 5 Punkten konnte kein Konsens erzielt werden:

- Unterstützung der Beteiligung deutscher forstlicher Institutionen / Fachleute in der internationalen Waldpolitikdiskussion und in entsprechenden Entscheidungsgremien

- Bundesregierung (BMZ, BMVEL)
- Unterstützung der Ausarbeitung einer "Internationalen Waldkonvention"
 - Bundesregierung (BMVEL), NRO
- Analyse des PPG7 auf Wirksamkeit, einschließlich institutioneller Rahmenbedingungen, Zugang zum PPG7 und Verteilung der Gelder
 - Bundesregierung (BMZ)
- Entwicklung von Mechanismen zur gezielten Verteilung von Entwicklungshilfegeldern zur Unterstützung der betroffenen Bevölkerung und Verminderung der Armut bei gleichzeitiger Erhaltung der Waldbiodiversität
 - Bundesregierung (BMZ)
- Vervollständigung eines repräsentativen und umfassenden Systems von Wald-Schutzgebieten weltweit und Verbesserung von deren Management
 - Bundesregierung (BMU, BMVEL, BMZ), lokale und internationale NRO

Verantwortliche

- Bundesregierung (mit unterschiedlichen Ressortkreisen je nach Aufgabenfeld und entsprechenden Zuständigkeiten; in Klammern sind jeweils nur die federführenden und in erster Linie berührten Ressorts aufgeführt)
- Länder
- Private Holz- und Forstwirtschaft
- NRO

Zeitplan

- Verabschiedung des BMZ-Waldkonzeptes (Ende 2001)
- 6. Vertragsstaatenkonferenz der CBD, April 2002
- VN-Waldforum 2001 - 2005
- Daueraufgabe

Rückmeldung an/ bis

Deutscher Bundestag alle vier Jahre ("Entwicklungspolitischer Waldbericht", nächster: 2003) und alle 4 Jahre im Gesamtwaldbericht.

Korruption, illegaler Holzeinschlag und Handel mit illegal eingeschlagenem Holz

Problembeschreibung/ Hintergrund

Illegaler Holzeinschlag und der Handel mit illegal eingeschlagenem Holz sind ein inzwischen international anerkanntes Problem.

Das Ausmaß dieses Problems kann wegen der Natur der Sache zwar kaum mit konkreten Zahlen belegt werden. Es ist jedoch in einer Fülle von internationalen, regionalen und nationalen Berichten sowie durch Organisationen wie z.B. der FAO hinreichend beschrieben und dokumentiert, um auch eine Einwirkung Deutschlands in Wahrnehmung seiner internationalen Verantwortung begründen zu können. Das Problem wird in jüngster Zeit auf zahlreichen internationalen Foren thematisiert, auch die G8 Konsultationen widmen sich im Rahmen ihres Aktionsprogramm zu Wäldern seit 1998 dieser Frage (s. Thema „Zertifizierung / Überwachung der Holzhandelskette, Beschaffungspolitik“). Greifbare Ergebnisse sind dabei bis heute weder in den betroffenen Wäldern noch auf den Märkten erkennbar.

Der Begriff „illegaler Holzeinschlag“ ist bisher nicht präzise definiert. Insbesondere die Abgrenzung zu nicht-nachhaltiger Waldbewirtschaftung wäre dabei auf internationaler Ebene zu klären. Zum besseren Verständnis im Rahmen des Nationalen Waldprogramms dient die beispielhafte Aufzählung möglicher Tatbestände in der Anlage 1.

Illegaler Holzeinschlag und Handel mit illegal eingeschlagenem Holz sind eine unmittelbare Bedrohung für die Integrität von Waldökosystemen, der regionalen und nationalen Holzhaushalte der betroffenen Länder und insbesondere der sozialen und ökonomischen Stabilität der ländlichen Bevölkerung. Charakteristisch ist, dass illegaler Holzeinschlag insbesondere in solchen Regionen und Ländern auftritt und sich ausweitet, in denen ein hohes Maß an Korruption und/oder instabile politische Zustände zu einem Versagen der staatlichen Kontrolle führen. Es fehlt an durchsetzungsfähigen und durchsetzungswilligen Forstverwaltungen zur Überwachung und zum Schutz der Wälder vor Übernutzung. Langfristig führt illegaler Einschlag zur Verarmung breiter Bevölkerungsschichten, deren Lebensunterhalt oft in hohem Maße von Wäldern abhängt.

Illegaler Holzeinschlag betrifft nicht nur die Wälder der Tropen sondern auch die borealen und temperierten Wälder. Wegen seines Ausmaßes sind auch die weltweiten Folgewirkungen der durch ihn verursachten Waldzerstörungen zu beachten.

Gegenmaßnahmen müssen nicht nur in den Erzeugerländern ansetzen, sondern auch die Abnehmerländer (Märkte) einbeziehen. Beispielsweise sind die oft ungeklärten Eigentumsrechte

bzw. nicht anerkannten Nutzungsrechte indigener Völker mit Desinteresse der örtlichen Bevölkerung verbunden und stellen gleichzeitig Anreize für Übernutzungen durch nicht Ortsansässige dar. Aber auch die Verbraucher auf allen Ebenen, nicht nur die Endverbraucher, in Deutschland sind gefordert, Maßnahmen gegen den fortbestehenden illegalen Einschlag und die Zerstörung der letzten Urwälder – je nach ihren Möglichkeiten - zu unterstützen.

Eine wirksame Kontrolle der Holzeinfuhren nach Deutschland gibt es nicht. Da man Holz die etwaige Illegalität nicht ansieht, sind die Möglichkeiten hierfür begrenzt. Dennoch sollten auch in Deutschland Wege gesucht und wirkungsvolle Instrumente umgesetzt werden, die dazu beitragen, dass keine Märkte für illegal geschlagenes oder Holz aus Raubbau entstehen bzw. weiterbestehen.

Die Importländer, einschl. der EU und ihrer Mitgliedstaaten verfügen zur Zeit über keine ausreichende Gesetzgebung zur Bekämpfung des Imports von rechtswidrig eingeschlagenem und gehandeltem Holz und Holzprodukten (von den Möglichkeiten im Rahmen des Washingtoner Artenschutzabkommen abgesehen). Den Exportländern fehlt es in Ergänzung zu der bereits angesprochenen Korruption an entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Instrumenten zur Bekämpfung des Einschlags, und des Verkaufs dieser Produkte. Bei neuen gesetzlichen Maßnahmen in Deutschland bzw. in der EU sind die wettbewerbsrechtlichen Rahmenbedingungen zu beachten.

Insgesamt ist das Problem des illegalen Holzeinschlages und des Handels mit illegal eingeschlagenem Holz nur in internationaler Zusammenarbeit der Erzeuger- und Abnehmerländer zu lösen.

Ziel

Unterbindung des illegalen Holzeinschlages und des Handels mit illegal eingeschlagenem Holz- und anderen nicht legal geernteten Waldprodukten.

Maßnahmen / Handlungsbedarf / Akteure

A) International

Nutzung der Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit, sowie durch

- Bildung nationaler Arbeitsgruppen zur Erarbeitung nationaler Zertifizierungsstandards nach international anerkannten und vergleichbaren Kriterien mit dem Ziel der Einführung glaubwürdiger und wirkungsvoller Zertifizierungssysteme in den jeweiligen Ländern

- Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA), Umweltverbände, Waldverbände, Holzhandel /-industrie
- Stärkung der Forstaufsicht, Kontrolle der Chain of Custody, Tracking-Systeme vor Ort
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA), Umweltverbände, Waldverbände, Holzhandel /-industrie
- Förderung der Selbstverwaltung, Selbsthilfekooperationen (Förderung von Dezentralität und Subsidiarität, um mit unterschiedlichen Lösungen auf unterschiedliche Situationen reagieren zu können)
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA), Umweltverbände, Waldverbände, Holzhandel /-industrie
- Information der vor Ort Handelnden und der Öffentlichkeit über Schäden durch illegalen Holzeinschlag und über die positiven Wirkungen nachhaltiger Forstwirtschaft
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA), Umweltverbände, Waldverbände, Holzhandel /-industrie
- Aufarbeitung und Verbreitung von Positivbeispielen aus der EZ.
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA)
- Einwirkung auf internationale Vereinbarungen (z.B. bei UNFF, CBD, WTO, ITTO) mit dem Ziel der Entwicklung politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Instrumentarien zur Bekämpfung rechtswidrigen Holzeinschlags und damit zusammenhängendem Handel im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA)
- Grenzüberschreitende Tracking-Systeme fördern (Pilotvorhaben)
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA)

B) National

- Verweigerung von Hermes-Bürgschaften für Investitionen, die zur illegalen Holznutzung und zur Waldvernichtung beitragen
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA)
- Importkontrolle: Entwicklung von verbesserten Methoden zur Identifizierung von Holz und dessen Herkünften, inkl. lückenloser Chain of Custody
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA)
- Information der Öffentlichkeit und der Abnehmer über die ökologischen, ökonomischen und sozialen Schäden durch illegalen Holzeinschlag und über die positiven Wirkungen nachhaltiger Forstwirtschaft; Sensibilisierung der Verbraucher in Richtung Holzverwendung aus nachweislich nachhaltiger Nutzung sowie legalem Holzeinschlag

- Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA)
- Gewährleistung, dass bei öffentlicher Beschaffung ausgeschlossen ist, dass Holz oder Holzprodukte aus illegalen Quellen und damit aus Urwaldzerstörung, einschl. ausgewiesenen Schutzgebieten, stammen (siehe Thema Zertifizierung / Überwachung der Holzhandelskette, Beschaffungspolitik.
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA), Länder, Kommunen
- Anwendung internationaler Abkommen wie WA, CBD in Deutschland (Handel mit Holz- und Waldprodukten gemäß CITES)
 - Bundesregierung (BMVEL, BMU, BMZ, BMWA), Länder, Kommunen
- Selbstverpflichtungserklärung (Mustervertrag) deutscher Holzhandelshäuser zur Einführung einer Nachweispflicht für die Legalität importierter Hölzer verbunden mit
 - Sammlung relevanter Länderinformationen
 - Entwicklung eines Monitoring-Systems zur Einhaltung der Selbstverpflichtung
 - Holzhandel /-industrie
- Zertifizierung voranbringen
 - Holzhandel /-industrie

Über folgende 4 Punkte konnte kein Konsens erzielt werden:

- Gesetzliche Maßnahmen zur Holzeinfuhr, zu grüner Beschaffungspolitik etc. anstreben
- Konferenz zu „illegal logging“ in Deutschland 2002
- Empfehlung eines bestimmten Zertifizierungssystems
- Pilotvorhaben zu genetischen „Fingerprint“-Methoden

Zeitplan

offen

3.6 Rückmeldung an / bis wann

offen

Zertifizierung/Überwachung der Holzhandelskette, Beschaffungspolitik

Problembeschreibung/ Hintergrund

Zertifizierung

Zertifizierungssysteme sind Anreizinstrumente zur Förderung einer am Ziel der Nachhaltigkeit orientierten Waldbewirtschaftung (Sustainable Forest Managements (SFM) im Sinne der CBD, der AGENDA 21, der Rio-Walderklärung, des „Ziel 2000“ der ITTO oder der Resolution H1 von Helsinki) und haben nach den vorliegenden Erfahrungen das größte Potential zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und des Handels mit illegal eingeschlagenem Holz. Bei den gegebenen internationalen Verflechtungen des Holzmarktes sind international (am besten weltweit) gültige und anerkannte Zertifizierungssysteme, welche ökologische, soziale und wirtschaftliche Kriterien in gleichem Maße berücksichtigen, von entscheidendem Vorteil gegenüber nationalen Ansätzen und treten den Ursachen der Waldvernichtung wirkungsvoller entgegen als das Instrument des (Tropen-) Holzboykotts.

Zertifizierungssysteme sind ein freiwilliges Instrument des privaten Sektors und kommen als solche mit der WTO nicht in Konflikt, sofern sie die Handelsspielregeln beachten. Sie bedürfen einer glaubwürdigen Überwachung der Holzhandelskette (Chain of Custody CoC) auf allen Ebenen. In ihrer Wirksamkeit sind sie von ihrer Glaubwürdigkeit und der Akzeptanz der Verbraucher abhängig.

Beschaffungspolitik

Die Öffentliche Beschaffungspolitik ist ein weiteres Instrument, dem illegalen Einschlag und nicht nachhaltiger Waldbewirtschaftung entgegen zu wirken und besitzt starken beispielgebenden Charakter. Die G8-Staaten haben sich in Okinawa dazu verpflichtet, zu prüfen, wie sie am besten den illegalen Holzeinschlag, einschließlich Export- und Beschaffungspraktiken bekämpfen können („We will also examine how best we can combat illegal logging, including export and procurement practices“; G8 Communiqué, Okinawa 2000.) Jedoch ist die derzeitige Gesetzeslage zum öffentlichen Beschaffungswesen auf allen Ebenen (EU, Bund, Länder) defizitär. Außer einer „Handlungsanweisung“ der Bundesressorts von 1997, bei Beschaffungs- und Baumaßnahmen im Falle der Nutzung von Tropenholz nach den Möglichkeiten des Marktes Holz aus nachhaltiger Bewirtschaftung mit glaubwürdigem Zertifikat zu verwenden, gibt es keine einheitliche Regelung oder Richtlinie.

Ziel

Nur noch legal und durch nachhaltige Waldbewirtschaftung gewonnene Holz- und Waldprodukte werden in Europa gehandelt.

Handlungsbedarf/Maßnahmen

- Akzeptanzförderung für zertifizierte Produkte beim Verbraucher

- Bundesregierung (BMWA, BMVEL, BMU, BMZ), Länder, Kommunen, NRO's
- Ausrichtung des öffentlichen Beschaffungswesens auf EU-, Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene darauf, dass nur noch Holz- und Waldprodukte aus legaler und nachhaltiger Nutzung Verwendung finden, nachgewiesen durch glaubwürdige Zertifikate unter gleichrangiger Berücksichtigung ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Kriterien.
 - Bundesregierung (BMWA, BMVEL, BMU, BMZ), Länder, Kommunen, NRO's
- Förderung eines glaubwürdigen Produktkettennachweises (chain of custody, CoC), d.h. lückenlose Rückverfolgbarkeit bis auf die betriebliche Ebene und garantierter Ausschluß von Holz aus illegalem Einschlag oder nicht-nachhaltiger Waldwirtschaft.
 - Bundesregierung (BMWA, BMVEL, BMU, BMZ), NRO's

Über folgende Punkte konnte kein Konsens erzielt werden:

- Empfehlung eines bestimmten Zertifizierungssystems (in der Diskussion waren FSC und PEFC)
- Beseitigung bestehender rechtlicher Hürden und Absicherung der gesetzlichen und vertraglichen Voraussetzungen für ein solches Beschaffungswesen auf allen Ebenen (EU, Bund, Länder, Kommunen).
- Entwicklung von Kriterien zur Bewertung der Glaubwürdigkeit von Zertifizierungssystemen unter gleichberechtigter Beteiligung aller Interessengruppen. Dies setzt zunächst eine umfassende Analyse und Bewertung aller technischen Einzelkomponenten der Systeme voraus.

Verantwortliche

- Bundesregierung (insb. BMWi, BMVEL, BMU, BMZ)
- Kommunen und Länder
- NRO's

Darüber hinaus appelliert der Runde Tisch an:

- Bundestag (Abgeordnete)
- Bundesbaugesellschaft
- EU-Kommission
- Verbraucher

Zeitplan:

offen

Rückmeldung an / bis:

offen